

Ein Schaden wird aber vor allem auf internationaler Ebene gesehen, weil Hildebrand international gut vernetzt war.

Für die internationalen Medien und die Finanzwelt ist es eine Causa Hildebrand und nicht eine Causa Nationalbank, mit dem Rücktritt ist die Sache für sie erledigt. Kommt dazu, dass Herr Hildebrand ersetzbarer ist, als die Öffentlichkeit vermutet, vor allem, wenn Herr Jordan Nachfolger würde – ich kann nicht verstehen, dass ihn der Bundesrat noch nicht ernannt hat.

Zuerst müssen jetzt Herr Jordans Konten überprüft werden.

Gut, aber das weiss man in einer Woche. Der Bundesrat will mit der Nomination bis zum Frühling warten – ein Riesenfehler. Herr Jordan ist international besser vernetzt, als man meint. Mit ihm wird es einen problemlosen Übergang geben.

Setzt sich da der Berner Uni-Professor Kunz für einen Kollegen ein, der auch an der Uni Bern gross wurde?

“Innenpolitisch ist die Nationalbank angeschlagen.

Nein, ich kenne Herrn Jordan nicht von der Uni her, sondern als kritischen «Gegner» im Zusammenhang mit der UBS-Rettung und bei der «Too big to fail»-Problematik. Ich halte ihn für einen Topmann.

Sehen Sie national einen Schaden aus der Hildebrand-Affäre?

National ist es tatsächlich so, dass die weitverbreitete Meinung bestätigt wurde, dass bei Posten im Staat umso mehr gemauscht wird, je mehr einer verdient. Innenpolitisch ist die Nationalbank angeschlagen.

Zu reden hat ja auch gegeben, dass Herr Hildebrand 2010 nur 98 000 Franken versteuerte – bei einem Einkommen von einer Million. Da fragt man sich, wie das möglich sei. Das habe ich mich auch gefragt. Viele Leute haben seit Jahren ein schwindendes Vertrauen in Politik und Behörden. Bisher war die Nationalbank einer der letzten Pfeiler des Staatsvertrauens. Dieser Pfeiler ist geschwächt worden. Man hat über alles gelästert, aber bei der UBS-Rettung und in der Finanzkrise hat die Nationalbank als einzige Institution höchstes Lob eingeheimst – und zwar zu Recht.

Ausser bei der «Weltwoche».

Sie hat noch nicht bei der UBS-Rettung, sondern erst dann zu schiessen angefangen, als die Nationalbank ein bisschen früh gegen den tiefen Kurs des Euros intervenierte.

Die Öffentlichkeit schwankt in dieser Affäre zwischen der Verurteilung der Verletzung des Bankgeheimnisses und der Genugtuung darüber, dass die Causa Hildebrand jetzt geregelt ist. Welches Gewicht hat die Verletzung des Bankgeheimnisses für Sie?

Das ist noch schwierig einzuschätzen. Erstens geht es um die Frage der Sicherheit bei einer Bank. Wie ist es möglich, dass Bankkundendaten von einem IT-Mann bei einer bekannten Bank fotografiert werden können? Bei der Frage der Verletzung des Bankgeheimnisses wird massgeblich sein, ob nicht nur der IT-Mann, sondern auch dritte Personen wie zum Beispiel der Thurgauer SVP-Kantonsrat und Nationalrat Blocher ins Verfahren einbezogen werden. Sollte es überhaupt keine Verurteilungen geben, wird das Bankkundengeheimnis sicher leiden.

Wie hätte sich der IT-Mann verhalten sollen, nachdem er auf diese Dokumente gestossen war?

Sein Vorgehen war falsch und objektiv illegal. Auch ein Whistleblower kann nicht einfach Daten klauen und mit ihnen hausieren gehen.

Hätte er sich mit diesen Daten bankintern gemeldet, wäre das Ganze doch irgendwo versendet.

Das glaube ich nicht. Hätte er sich intern an die Hausjuristen der sogenannten Compliance-Abteilung gewandt, hätten sie aus Angst um den eigenen Kopf die Sache wohl kaum totgeschwiegen. Man wäre sicher zur Direktion der Bank gegangen, und die Direktion hätte Herrn Hildebrand konfrontiert.

Dann verurteilen Sie, was dieser IT-Mitarbeiter gemacht hat?

Juristisch war es nicht korrekt. Es wird ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet werden. Sollte sich herausstellen, dass er nicht aus hehren Motiven gehandelt hat, wird es für ihn schwerwiegender.

Sehen Sie da ein Problem mit seiner SVP-Mitgliedschaft?

Überhaupt nicht, ich bin weder pro noch kontra SVP.

Sie sind in der FDP

Genau (lacht). Als FDP-Mitglied kann man wertneutral zur SVP stehen. Sollte sich im Strafverfahren zeigen, dass es dem IT-Mann nicht um den Start einer Polit-Kampagne ging, sondern um einen Verdacht wegen unerlaubten Devisenhandels, wird er besser wegkommen.

Das wird ja sicher seine Verteidigungslinie sein.

Ja. Wenn das glaubwürdig ist, wird er wohl mit einer bedingten Busse wegkommen. Sein Leben ist nicht zerstört.

Eine Bank wird ihn sicher nicht mehr anstellen.

Nein. Aber auch ein IT-Mann muss wissen, was ein Bankkundengeheimnis ist.

Wie beurteilen Sie das Verhalten von Herrn Blocher, der Bundespräsidentin Calmy-Rey über die Sache informiert hat?

Es war juristisch korrekt, den Bundesrat zu orientieren, der ja den Nationalbank-Präsidenten abberufen könnte. Irritiert hat mich bei Herrn Blocher nicht der Gang zum Bundesrat, sondern anderes.

Etwa seine Behauptung, er habe gar nicht über die Dokumente verfügt.

Genau. Herr Blocher hat die Medien und damit uns, das Publikum, mehrfach angelogen. Noch mehr gestört hat mich an Herrn Blocher, den ich als einer der wenigen Jus-Professoren damals als guten Justizminister gelobt habe, dass auch er in Bezug auf angebliche Insidergeschäfte mit Devisen juristischen Blödsinn von sich gegeben hat. Das war eines Alt-Justizministers unwürdig.

Soll es in dieser Sache eine parlamentarische Untersuchung geben?

Nein. Herr Hildebrand hat Fehler gemacht, für die er jetzt büssen muss, durch den Rücktritt hat sich die Sache erledigt. Wichtiger als eine PUK, die nur der Vergangenheitsbewältigung dienen würde, ist die Frage, wie es weitergehen soll. Mir scheinen drei Punkte wichtig: Erstens, wie gesagt, zügig einen neuen Präsidenten bestimmen. Zweitens müssen generell die Strukturen des Bankrats angeschaut werden, der in der ganzen Affäre eine schlechte Figur gemacht hat. Drittens braucht es ein neues Reglement zu Eigengeschäften. Das heutige war

Peter V. Kunz

Peter Viktor Kunz, Jahrgang 1965, ist in Dulliken im Kanton Solothurn aufgewachsen. Von 1985 bis 1991 arbeitete er als Teilzeit-Journalist für das «Vaterland» bzw. die «Solothurner Nachrichten». Daneben absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bern, das er 1993 mit der Dissertation abschloss. Schon zuvor, 1991, hatte er das Patent als bernischer Fürsprecher erworben. Einen dritten Abschluss holte er sich 1996 mit dem Master of Law an der Georgetown University in Washington D.C. 2001 habilitierte er sich an der Universität Bern mit einer Arbeit über den Minderheitenschutz im schweizerischen Aktienrecht. 2005 wurde er zum ordentlichen Professor für Wirtschaftsrecht ernannt. Als Mitglied der FDP sass Kunz von 1989 bis 1997 im Gemeinderat (Exekutive) von Dulliken und von 1993 bis 1997 auch im Solothurner Kantonsrat. Peter V. Kunz ist verheiratet, in seinem Haushalt leben auch drei Katzen. (bur)

Die gesammelten Samstagsinterviews
www.samstagsinterviews.derbund.ch

schlicht und einfach schlechte juristische Arbeit.

Muss Herr Raggenbass zurücktreten?

Er sollte sich nicht zur Wiederwahl im Frühling stellen. Er hat Fehler in der Kommunikation und in der Führung des Direktoriums gemacht, irgendjemand muss Verantwortung übernehmen, man kann nicht alles auf andere abschieben: Ein Fisch stinkt vom Kopf her. Die Führung hat der Bankrat, und verantwortlich ist dessen Präsident.

Muss der Bankrat, der ja auch politisch zusammengesetzt ist, mit Experten bestückt werden?

Seit 2005 lese ich Finanzmarktrecht an der Uni Bern. Jeder Student könnte Ihnen bestätigen, dass sich Kunz seit Jahren über die falsche Struktur des Bankrats beschwert. Der Bankrat ist eine Interessenvertretung mit Regierungsräten, die an der Verteilung der Nationalbank-Gewinne interessiert sind, und Gewerkschaftern und Arbeitgebern, die am Zins und der Geldpolitik interessiert sind. Es

“Herr Raggenbass sollte sich nicht zur Wiederwahl stellen.

werden also Leute in den Bankrat gewählt, die die eigentliche Aufgabe, die Überwachung des Direktoriums, gar nicht wahrnehmen können.

Sie sehen den Bankrat als Schönwettergremium.

Absolut. Man ist aus Eigeninteressen dabei. Wenn Gewinn verteilt werden kann, sind Regierungsräte happy, und wenn die Zinse tief sind und investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer happy. Wie gesagt: Ich habe das vor meinen Studenten schon immer kritisiert, aber nie ein konkretes Beispiel gehabt.

Jetzt haben Sie eines.

Ja, für die nächsten 20 Jahre habe ich ein Paradebeispiel, über das ich berichten kann.

Sie treten nicht nur an der Uni auf, sondern sehr häufig auch in den Medien. Suchen Sie das bewusst?

Es hat sich ergeben, aber ich finde, dass es zu meiner Funktion gehört. Als Ordinarier an der Uni Bern habe ich auch eine öffentliche Funktion. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, bin ich im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsrechtswissenschaftlern nicht in einer Kanzlei tätig. Ich sehe es als meine Aufgabe an, Dinge zu analysieren und teils kritisch zu kommentieren.

Sie sind sich auch nicht für die «Arena» zu schade, wo man Sie gestern hat sehen können.

Richtig. Im Schnitt lehne ich aber vier von fünf Anfragen für die «Arena» ab. Gestern war ich erst zum zweiten Mal dabei, weil es eher ein Expertengespräch war. Wären ein Herr Blocher oder ein Herr Mörgeli eingeladen worden, hätte ich abgelehnt. Politisch bin ich nicht aktiv, ich werde nie für den Nationalrat kandidieren.

Wieso nicht? Eine wichtige Voraussetzung, Bekanntheit, ist erfüllt, und Sie sind Mitglied einer Partei.

In jungen Jahren war ich im Kanton Solothurn Gemeinderat und Grossrat. Heute bin ich mit Begeisterung Wissenschaftler und bin auch international an Konferenzen als Referent tätig. Ich gehe in dieser Arbeit auf und versuche komplizierte Dinge mundgerecht zu erklären. Ich bin kein abstrakter Theoretiker. Wirtschaftsrecht im luftleeren Raum macht keinen Sinn.

Was jetzt aber die Politik betrifft, wird SP-Nationalrat Jositsch kein freisinniges Pendant aus der Uni Bern erhalten ...

Definitiv nicht, das kann ich versprechen. Sie werden mich sicher nie als Nationalrat erleben. Vielleicht als Bundesrat (lacht), aber da ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass ich angefragt werde.

Diese Woche

Leitartikel Was Christoph Blocher sagt, kann nicht stimmen. So denken viele. Im Fall Hildebrand hatte dies bizarre Folgen. *Patrick Feuz*

Die Schweiz im Blocher-Krampf

Es lohnt sich, im Fall Hildebrand noch einmal genau hinzuschauen. Zum einen fällt auf, wie hysterisch die Debatte über die privaten Devisengeschäfte des Notenbankchefs abgelaufen ist. Zum anderen verblüfft, wie weite Teile des Publikums in diesem Drama die Rollen verteilt haben: Hildebrand blieb für viele bis zuletzt der Gute, Blocher war von Anfang an der Böse.

Nehmen wir einmal an, der IT-Mitarbeiter der Bank Sarasin wäre SP-Mitglied gewesen und hätte die Kontoauszüge zu den Dollarkäufen des Ehepaars Hildebrand an SP-Anwalt Daniel Jositsch weitergereicht. Dieser wäre zu Parteipräsident Christian Levrat gegangen. Und der SP-Chef hätte sich besorgt an die damalige sozialdemokratische Bundespräsidentin Calmy-Rey gewandt. Wetten, dass Politiker, Medien und Publikum anders reagiert hätten?

Eindruck von Interessenkonflikt

Philipp Hildebrands hervorragende Verdienste als Notenbankchef wären auch so gewürdigt worden. Aber man hätte gleichzeitig klar gesagt: Es geht nicht, dass der Notenbankchef und seine Frau Devisen- und Wertpapiertransaktionen tätigen. Denn dadurch hängt ewig der Eindruck von Interessenkonflikten im Raum. Man hätte auch das Naheliegendste erkannt: Ein Zentralbanker mit Fingerspitzengefühl würde sein Geld und das seiner Frau einem Vermögensverwalter anvertrauen und sich Ende Jahr mit einem Kontoauszug begnügen.

Ob also Hildebrand selber oder seine Frau den Dollarkauf veranlasst hat, spielt keine entscheidende Rolle. Der IT-Mitarbeiter schliesslich, der die belastenden Dokumente fotografiert hat, wäre wahrscheinlich als unerschrockener Held gefeiert worden wie seinerzeit in der Holocaust-Affäre der UBS-Wachmann Christoph Meili, der Akten vor dem Schredder rettete.

Aber eben, die Angreifer Hildebrands waren SVP-Protagonisten: Der Sarasin-Mitarbeiter, der involvierte Anwalt, Blocher und letztlich auch die «Weltwoche». Und so hiess es vielerorts empört: Blocher hat das Bankgeheimnis verletzt. Blocher ist ein Kopfgänger. Blocher macht unsere Institutionen kaputt. Wer von Anfang an Hildebrands Verhalten rügte, war ein Blocher-Fan. Völlig auf Blocher fixiert, ignorierten viele sogar die neue E-Mail und Akten-

notiz, worin der Kundenberater Hildebrands festhielt, dieser habe Dollarkäufe seiner Frau pauschal abgesegnet.

Die anfängliche Skepsis gegenüber den Vorwürfen an die Adresse Hildebrands war zwar verständlich. Blocher hat schon mehrmals mit fiesigen Tricks versucht, den Notenbankchef auszuschalten, auch weil dieser für eine stärkere Regulierung der Grossbanken kämpfte. Doch als der Fall klare Konturen bekam, vernebelte die Aversion gegen Blocher den Blick auf das Wesentliche.

Ein Kult in zwei Varianten

Die politische Diskussion in der Schweiz leidet an einem positiven und einem negativen Blocher-Kult. In der positiven Variante, die Blocher und seine Fans pflegen, ist der Mann aus Herrliberg der Einzige, der weiss, was gut ist für das Land. In der negativen Variante seiner feurigsten Gegner ist Blocher an allem schuld, was schief läuft in der Schweiz.

Beides ist schädlich, weil so die politische Auseinandersetzung zum dümmlichen Spiel nach dem Motto «Der Feind meines Feindes ist mein Freund» verkommt. Hildebrand wurde dadurch für die einen zur Lichtgestalt im Kampf für eine bessere Schweiz (ohne SVP, ohne gierige Banker), während die anderen den Notenbankchef zum «Gauner» machten und so die Gelegenheit sahen, BDP-Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf zu schaden.

Mit seinem Geld, seinem Beziehungsnetz und seiner Listigkeit ist Blocher zwar kein Politiker wie jeder andere. Doch ihm wird Einfluss und Macht in einem Ausmass zugeschrieben, wie er sie zum Glück nicht hat. Nach seiner Abwahl als Bundesrat durfte man hoffen, der Blocher-Krampf in der Schweizer Politik löse sich bald. Der Fall Hildebrand zeigt das Gegenteil.

Die Aversion gegen Blocher vernebelte den Blick auf das Wesentliche.

Nationalbank Griff in die Trickkiste. *René Staubli*

Käufliche Prüfer

Als die Devisentransaktionen auf dem Konto des inzwischen zurückgetretenen Nationalbank-Chefs Philipp Hildebrand Affärencharakter erlangten, ordnete Bankratspräsident Hansueli Raggenbass eine Überprüfung an. Den heiklen Auftrag vergab er nicht an eine unabhängige, externe Revisionsstelle, sondern an die Firma PricewaterhouseCoopers (PWC), welche die Jahresrechnungen der Nationalbank prüft und von ihr wirtschaftlich abhängig ist.

PWC wurden Bankunterlagen zu den Transaktionen ausgehändigt, die Hildebrand als «vollständig» deklariert hatte, was sie in Wahrheit nicht waren. Den Untersuchungsauftrag fasste der Bankrat so eng wie möglich. Folglich führte PWC eine Schmalspuruntersuchung durch und lieferte dem Bankrat gegen gutes Geld einen gefälligen Bericht: Die Prüfer hatten weder mit Hildebrand noch mit seiner Frau oder den zuständigen Sachbearbeitern bei der Bank Sarasin gesprochen. Das war ganz im Sinne des Auftraggebers, der den Fall offenbar vertuschen wollte.

Bittere Wahrheit

Es ist bitter, wenn sich eine renommierte Buchprüfergesellschaft auf

diese Weise instrumentalisieren lässt. Ebenso bitter ist freilich, dass Politiker und Manager in Not immer wieder in dieselbe Trickkiste greifen, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

Beispiele finden sich auch auf anderen Ebenen: Als es im Zürcher Sozialamt rumorte und gravierende Missstände publik wurden, beauftragte die damalige grüne Stadträtin Monika Stocker den mit ihr verbandelten Experten Peter Arbenz mit der Untersuchung. Der ortete keine nennenswerten Probleme und gab Entwarnung. Die Wirkung der Beruhigungsspielle liess allerdings ziemlich schnell nach.

Als Meldungen über allerlei Ungeheimheiten in der Unfallversicherung UVZ des Zürcher Stadtrats Martin Vollenwyder (FDP) an die Öffentlichkeit kamen, betraute er mit der Untersuchung eine Firma, die seinem Departement verbunden war. Dass der Schlussbericht unter dem Motto «Unabhängige Analyse entkräftet Vorwürfe an die UVZ» segelte, verwunderte nicht wirklich.

Merke: Wenn Verantwortliche bei potenziellen Skandalen keine unabhängige Untersuchung anberaumen, sollte man ihnen besonders gut auf die Finger schauen.